

Nr. 20/262

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Silvester Feuerwerke im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 18. Februar 2020
(Drucksache [20/278](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 30. Juni 2020
(Drucksache [20/518](#))
2. Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung im Bremer Bildungssystem – Sachstand und Ausblick
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 25. Februar 2020
(Drucksache [20/289](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 9. Juni 2020
(Drucksache [20/432](#))
3. Gesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes 2021
(Zensusausführungsgesetz 2021 – ZensAG 2021)
Mitteilung des Senats vom 10. März 2020
(Drucksache [20/316](#))
4. Bündelung der Verantwortung für alle bremischen Seehäfen beim Land
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 21. April 2020
(Drucksache [20/356](#))
5. Sachstandsbericht an die Bürgerschaft zum Thema Assistenz im Krankenhaus für Menschen mit Behinderung sicherstellen
Mitteilung des Senats vom 18. August 2020
(Drucksache [20/567](#))

Nr. 20/263

Mit einem neuen „Bremer Erlass“ aufenthaltsrechtliche Sicherheit für junge Geflüchtete während Ausbildungsvorbereitung und Ausbildung schaffen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD vom 5. Mai 2020
(Drucksache [20/374](#))

Der Antrag wurde von den Antragstellern zurückgezogen.

Nr. 20/264

Digitale Möglichkeiten für Beratungs- und Hilfsangebote ausweiten – Menschen vor häuslicher und sexueller Gewalt in der Krise und danach noch besser schützen!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 8. Mai 2020
(Drucksache [20/377](#))

Der Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 20/265

Tracing-App nur bürgerrechtskonform, freiwillig und für die Dauer der Corona-Pandemie

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 10. Juni 2020
(Drucksache [20/441](#))

Der Antrag wurde von den Antragstellern zurückgezogen.

Nr. 20/266

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 15. September 2020

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Bremen entwickeln!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. Juni 2020
(Drucksache [20/428](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit

2. Veränderungen bei den Mitgliedern der staatlichen Deputation für Inneres

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 16. Juli 2020
(Drucksache [20/552](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

3. Veränderungen bei den Mitgliedern der staatlichen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 17. Juli 2020
(Drucksache [20/553](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

4. Vierter Bericht des Senats gemäß § 12 BremIFG

Mitteilung des Senats vom 18. August 2020
(Drucksache [20/566](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

5. Familien während Corona unterstützen: Verlässliche Entschädigungszahlungen auch für Eltern im Homeoffice!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 27. August 2020
(Drucksache [20/575](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz.

6. Stellungnahme des Senats zum 2. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz nach der Europäischen Datenschutzgrundverordnung

Mitteilung des Senats vom 8. September 2020
(Drucksache [20/597](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Stellungnahme des Senats zum 2. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz nach der Europäischen Datenschutzgrundverordnung zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

7. Stellungnahme des Senats zum 14. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit

Mitteilung des Senats vom 8. September 2020
(Drucksache [20/598](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Stellungnahme des Senats zum 14. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

Nr. 20/267

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. auf Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP:

„Luft- und Raumfahrtstandort Bremen stärken – Bremerhaven muss Versorgungshafen für den Weltraumbahnhof in der Nordsee werden“;

2. auf Antrag der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE:

„Flüchtlingscamps auf den griechischen Inseln evakuieren – Wir haben Platz!“;

3. auf Antrag der Abgeordneten Jasmina Heritani, Carsten Sieling, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD:

„Tarifbindung im Land Bremen stärken – Handlungsspielräume nutzen“.

Nr. 20/268

6. Bericht über die Tätigkeit des Landesbehindertenbeauftragten für den Zeitraum vom 01.01.2015 bis zum 31.12.2016

Bericht des Landesbehindertenbeauftragten
vom 24. Juli 2020
(Drucksache [20/561](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Landesbehindertenbeauftragten Kenntnis.

Nr. 20/269

Politischem Extremismus entschieden entgegentreten – Bremen darf keine Hochburg des Linksextremismus bleiben!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 4. Juni 2020
(Drucksache [20/423](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/270

Wie stark nimmt die linke Gewalt in Bremen zu?

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 2. Juni 2020
(Drucksache [20/409](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 25. August 2020
(Drucksache [20/571](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 20/271

Gesetz über eine Landesbeauftragte oder einen Landesbeauftragten für die Opfer und deren Angehörige in Fällen von Terrorismus und sonstigen auf Straftaten beruhenden Großschadensereignissen sowie Geiselnahmen

Mitteilung des Senats vom 10. März 2020
(Drucksache [20/317](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz mit den Änderungen aus der Drucksache [20/414](#) in zweiter Lesung.

Nr. 20/272

Gesetz über eine Landesbeauftragte oder einen Landesbeauftragten für die Opfer und deren Angehörige in Fällen von Terrorismus und sonstigen auf Straftaten beruhenden Großschadensereignissen sowie Geiselnahmen

Bericht und Änderungsantrag des Rechtsausschusses
vom 3. Juni 2020
(Drucksache [20/414](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Rechtsausschusses Kenntnis.

Nr. 20/273

Opferschutz muss ernst genommen werden – ein Opferschutzbeauftragter für Bremen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 18. Februar 2020
(Drucksache [20/275](#))

Der Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 20/274

Opferschutz muss ernst genommen werden – ein Opferschutzbeauftragter für Bremen!

Bericht und Antrag des Rechtsausschusses
vom 3. Juni 2020
(Drucksache [20/415](#))

Der Bericht ist durch die Rücknahme der Drucksache [20/275](#) erledigt.

Nr. 20/275

Bremisches Gesetz zur Erleichterung von Investitionen 2020 Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der SARS-CoV-2-Pandemie

Mitteilung des Senats vom 18. August 2020
(Drucksache [20/565](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

vom 8. September 2020
(Drucksache [20/593](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Artikel 1 des Änderungsantrags ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Artikel 2 des Änderungsantrags zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 20/276

Zustimmungsgesetz zum Staatsvertrag zur Modernisierung der Medienordnung in Deutschland

Mitteilung des Senats vom 23. Juni 2020
(Drucksache [20/476](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 20/277

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder Strafvollstreckung sowie zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2008/977/JI des Rates und der Richtlinie (EU) 2016/800 über Verfahrensgarantien für Kinder, die Verdächtige oder beschuldigte Personen in Strafverfahren sind, im Justizvollzug sowie zur Änderung vollzugsrechtlicher Vorschriften

Antrag des Rechtsausschusses
vom 25. Juni 2020
(Drucksache [20/512](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 20/278

Gesetz zur Änderung des Änderungsgesetzes über die Errichtung einer Anstalt zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge der Freien Hansestadt Bremen

Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses
vom 6. Juli 2020
(Drucksache [20/531](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 20/279

Gesetz zum Ersten Medienänderungsstaatsvertrag

Mitteilung des Senats vom 28. Juli 2020
(Drucksache [20/562](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 20/280

Gesetz zur Änderung der Bremischen Landesbauordnung (BremLBO)

Mitteilung des Senats vom 1. September 2020
(Drucksache [20/580](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 20/281

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 10

vom 11. September 2020
(Drucksache [20/610](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 20/282

Fragestunde

1. Wie verläuft die Umsetzung des Masernschutzgesetzes in Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 2. Juli 2020
 2. Gesellschaftliche Ungleichheit wissenschaftlich aufarbeiten und Lösungen finden
Anfrage der Abgeordneten Dr. Solveig Eschen, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 2. Juli 2020
 3. Versorgung mit WLAN für Schulkinder in Übergangwohnheimen sicherstellen!
Anfrage der Abgeordneten Birgitt Pfeiffer, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 7. Juli 2020
 4. Stand der Planungen und Umsetzung beim „Entwicklungsplan Inklusion“?
Anfrage der Abgeordneten Christopher Hupe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10. Juli 2020
 5. Wer bremst K&S?
Anfrage der Abgeordneten Ralph Saxe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15. Juli 2020
 6. Ausstattung von Lehrkräften im Land Bremen mit iPads
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 16. Juli 2020
 7. Quarantäne für Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeeinrichtungen
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 21. Juli 2020
 8. Stalkingbeauftragte sowie Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter für häusliche Gewalt bei der Polizei Bremen
Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29. Juli 2020
 9. Ist die bremische Richterbesoldung amtsangemessen?
Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Sahhanim Görgü-Philipp, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29. Juli 2020
- Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
10. Technische Infrastruktur in den Bremer Studierendenwohnheimen für die Durchführung eines „hybriden“ Wintersemesters 2020/2021
Anfrage der Abgeordneten Susanne Grobien, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 7. August 2020
 11. Verzögerungen bei der Schiffsabfertigung in Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Susanne Grobien, Thorsten Raschen, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 11. August 2020
 12. Städtepartnerschaften im Zeichen von Unterdrückung der LGBTQ-Community
Anfrage der Abgeordneten Volker Stahmann, Antje Grotheer, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 18. August 2020

13. Jährliche Überprüfung der Unterbringung in der forensischen Psychiatrie
Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Dr. Henrike Müller, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19. August 2020
14. Gender Pay Gap im Gesundheitsressort Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Sina Dertwinkel, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 25. August 2020
15. Anlassbezogene Kontrollen in Pflegeheimen des Landes Bremen
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 25. August 2020
16. Ist professioneller Sport mit Zuschauern auch in Bremen bald wieder realistisch?
Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 9. September 2020
17. Öffnung der Mensen an den Bremer Hochschulen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und die Fraktion der FDP vom 10. September 2020

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 20/283

Gemeinsam sind wir stärker – Europa muss jetzt Zusammenhalt zeigen!

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 30. Juni 2020
(Drucksache [20/514](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die Anstrengungen der Europäischen Union und der EU-Mitgliedstaaten, in der Pandemiekrise gemeinsam zu handeln.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die Schlussfolgerungen des Vorsitzenden des Europäischen Rates vom 23. April 2020, die ein Konjunkturprogramm für Europa, verknüpft mit dem Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU vorsehen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt den deutsch-französischen Vorschlag, zur Bewältigung der Krise über einen stark erweiterten europäischen Haushalt eine gemeinsame Kreditaufnahme der EU-Mitgliedstaaten und auch die Zahlung von Zuschüssen an besonders stark getroffene Länder zu ermöglichen.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die Vorschläge der Kommission vom 27. Mai 2020 für einen Aufbauplan „Next Generation EU“, den aktualisierten Vorschlag zum MFR 2021 bis 2027 inklusive einer Brückenlösung für die Mobilisierung von Haushaltsmitteln im Jahr 2020. Insbesondere das Vorhaben zur Anhebung der Eigenmittelobergrenze, zusätzliche Eigenmittel und die substanzielle Aufstockung zentraler EU-Programme, die auch dem Bundesland Bremen zugutekommen können.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet eine zukunftsfähige Schwerpunktsetzung des Konjunkturprogramms, „Next Generation EU“, und des vorgeschlagenen Aufbauplans der Europäischen Union, die folgenden Bereichen eine hohe Priorität einräumt: Förderung des Klimaschutzes und nachhaltiger Wirtschaftsmodelle, Gewährleistung einer sicheren Daseinsvorsorge insbesondere im Gesundheitsschutz, Förderung eines sozial ausge-

stalteten Strukturwandels in den Regionen der EU, sowie eine stärkere Berücksichtigung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratiekriterien bei Mittelvergaben an EU-Mitgliedstaaten und Drittstaaten.

6. Die Bürgerschaft (Landtag) sieht das Erfordernis einer deutlichen Ausweitung des EU-Haushaltes, die sowohl vorhandene wie noch zu entwickelnde Modelle der Finanzbeschaffung nutzt. Aufgabe der deutschen EU-Ratspräsidentschaft muss es daher sein, bewährte Instrumente und neue Vorschläge, wie eine Erhöhung der Beiträge der Mitgliedstaaten, die Schaffung neuer Einnahmequellen oder Möglichkeiten europäischer Verschuldung ernsthaft auf deren Realisierung hin zu bewerten.
7. Die Bürgerschaft (Landtag) hält in Folge der Wiederaufbaumaßnahmen eine erweiterte Zielbeschreibung der europäischen Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitiken sowie eine stärkere Vergemeinschaftung der Steuerpolitik für erforderlich. Die bisher ausschließliche Fixierung auf strenge Verschuldungsziele muss um weitere wirtschaftspolitische Ziele wie Beschäftigungsförderung oder Umweltverträglichkeit ergänzt werden. Erforderlich sind zugleich wirksame Maßnahmen gegen Steuerdumping, Steuervermeidung und Steuerumgehung.
8. Die Bürgerschaft (Landtag) sieht in der Zusammenarbeit mit den afrikanischen Staaten und in der solidarischen Unterstützung der afrikanischen Zivilgesellschaft und Bevölkerung eine herausragende Aufgabe der Europäischen Union in der Coronakrise. Die Maßnahmen zur Bekämpfung der wirtschaftlichen und sozialen Krisenfolgen und für einen nachhaltigen Wiederaufbau müssen daher eine angemessene Komponente der Unterstützung auch in diese Richtung enthalten.
9. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt das Schuldenmoratorium der G20 für 77 Entwicklungsländer und die Ausweitung des Katastrophenfonds des IWF, aus dem Entwicklungsländern der laufende Schuldendienst abgenommen wird. Sie hält diese Maßnahmen jedoch nicht für ausreichend, um Entwicklungsländer in der Coronakrise nachhaltig zu entlasten. Die Europäische Union soll sich im internationalen Rahmen konsequent für eine tatsächliche Schuldenstreichung gegenüber Entwicklungsländern und für die zusätzliche Mobilisierung internationaler Mittel zur Krisenbekämpfung einsetzen.
10. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, gegenüber der Bundesregierung und der Europäischen Union diese Sichtweisen und Positionen zu vertreten.

Nr. 20/284

Deutschland braucht Europa – Europa braucht Deutschland

Antrag der Fraktion der CDU
vom 7. Juli 2020
(Drucksache [20/536](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Ziffern 1, 3, 5 und 8 des Antrags ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den übrigen Ziffern wie folgt zu:

2. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt und unterstützt darüber hinaus, dass die Bundesregierung anstelle eines Weiter so in Europa auf eine umfassende Agenda zur Entwicklung der Zukunftsfähigkeit Europas setzt. Diese gilt es mit dem Mut zur Veränderung, mit Nachdruck und Nachhaltigkeit zu verwirklichen und durch konkrete Projekte sichtbar zu machen: Ein Beispiel nach innen ist die gerechte, auskömmliche und nachhaltige Neuord-

nung der Finanz-, Beitrags- und Förderstrukturen auf der Grundlage verbindlicher Regeln und Ziele; ein nach außen wirksames Beispiel könnten Regelungen zu Lieferketten sein, die ein Baustein zur partnerschaftlichen Entwicklung der Beziehungen insbesondere nach Afrika und Asien darstellen würden.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) betont, dass die Europäische Union unverändert in erster Linie eine Wertegemeinschaft ist. Sie bittet die Bundesregierung und im Rahmen seiner Möglichkeiten auch den Senat, weiterhin und im Zuge der Ratspräsidentschaft verstärkt darauf hinzuwirken, insbesondere unveräußerlichen Menschenrechten, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Solidarität in allen Mitgliedsstaaten uneingeschränkte Geltung zu verschaffen. Diese Grundlagen und das Prinzip eines gerechten Gebens und Nehmens bleiben die Basis einer Mitgliedschaft in der Gemeinschaft.
6. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, den Prozess der deutschen Ratspräsidentschaft insbesondere in den Feldern kritisch und konstruktiv zu begleiten, die das Bundesland Bremen unmittelbar betreffen oder betreffen könnten. Dazu gehören insbesondere Maßnahmen und Entscheidungen zu folgenden Feldern:
 - a) Entscheidungen, die das Klima, die Energieversorgung, die ressourcenbezogene Nachhaltigkeit, die Entwicklung der Mobilität oder andere umweltbezogene Felder betreffen und die Entwicklungen in Bremen allgemein beeinflussen, aber auch in der Arbeit der Enquete-Kommission Berücksichtigung finden müssen.
 - b) Regelungen (und Veränderungen) zur finanziellen Förderung von Projekten, Arbeitsmarkt, Kultur, Soziales, Jugend und Bildung und so weiter, die bereits jetzt mit europäischen Mitteln unterstützt werden,
 - c) Veränderungen in den Strukturen wirtschaftlicher Förderung oder des Wettbewerbs- und Beihilferechts,
 - d) Maßnahmen zur Unterstützung von Forschung und Innovation, insbesondere im hochschulischen Bereich,
 - e) Entwicklungen im Feld der Zusammenarbeit bei Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung, sowie
 - f) Perspektiven für die Stärkung von Beteiligungsrechten von Bürgerinnen und Bürgern, aber auch der Regionen.
7. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten des „Recovery Fund“ zur Bewältigung der Coronapandemie-Folgen nach dessen Konkretisierung konsequent für Bremen und Bremerhaven zu nutzen, beziehungsweise Dritte bei der Nutzung zu unterstützen, und bei der Ausgestaltung des Bremen-Fonds zu berücksichtigen.
9. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, über die Ergebnisse der deutschen EU-Ratspräsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 2021 zu berichten, und dabei die Bremen unmittelbar betreffenden Entscheidungen und die im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft ergriffenen unterstützenden Aktivitäten des Senates besonders zu berücksichtigen.

Nr. 20/285

Krise als Chance: Deutsche EU-Ratspräsidentschaft als Zukunftspräsidentschaft nutzen!

Antrag (Entschließung) der Fraktion der FDP
vom 10. September 2020
(Drucksache [20/609](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/286

Forschung zeitgemäß gestalten, Arbeitsplätze erhalten: Ein nachhaltiger Neubau der Polarstern

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 9. September 2020
(Drucksache [20/606](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf Bundesebene für einen schnellstmöglichen Bau der Polarstern II in Kooperation von Bremerhaven und Mecklenburg-Vorpommern einzusetzen und damit langfristig Beschäftigung an der Küste zu sichern;
2. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Neubau der Polarstern unter Berücksichtigung aktueller Nachhaltigkeitsstandards erfolgt und möglichst klimaneutrale Antriebe geprüft werden. Hierbei sind alle technisch möglichen Vorkehrungen einzubeziehen, die eine Umrüstbarkeit des Antriebs zu einem späteren Zeitpunkt offenhalten;
3. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Vergabe schnellstmöglich, wenn erforderlich in einem beschleunigten und rechtssicheren Vergabeverfahren oder in Direktvergabe erfolgt;
4. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Bau von Forschungsschiffen als Schlüsseltechnologie im Sinne der Technologie-, Industrie- und Standortförderung definiert wird;
5. dem Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit, der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Arbeit und dem Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen binnen vier Monaten zu berichten.

Nr. 20/287

Schwangerschaftsabbrüche: Ausbildung verbessern, Zugang erleichtern

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 30. Juni 2020
(Drucksache [20/522](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene weiterhin für die Abschaffung des § 219a einzusetzen.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. alle Möglichkeiten zu nutzen, um Betroffenen einen Schwangerschaftsabbruch in Bremen und Bremerhaven – also wohnortnah – zu ermöglichen.

2. zu prüfen, inwieweit das Land Bremen ein eigenes Fortbildungsprogramm zu Schwangerschaftsabbruchmethoden für Ärztinnen/Ärzte anbieten kann.
3. sich dafür einzusetzen, dass im Rahmen der Ausbildung an Kliniken die Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen gelehrt wird.
4. zu prüfen, inwieweit EU-Ausländerinnen/Ausländer mit der europäischen Krankenversicherungskarte (EHIC) ein erleichterter Zugang zu medizinischen Einrichtungen, die Beratungen oder Schwangerschaftsabbrüche durchführen, gewährt werden kann.

Nr. 20/288

Angemessene Eingangsbesoldung für Feuerwehrfrauen und -männer

Antrag der Fraktion der CDU
vom 13. August 2020
(Drucksache [20/564](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/289

Zukunft der maritimen Wirtschaft im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 29. Januar 2020
(Drucksache [20/259](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 9. Juni 2020

(Drucksache [20/431](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 20/290

Mittelstandsförderungsgesetz reformieren – Clearingstelle, Clearingverfahren und Mittelstandsbeirat einrichten!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 12. März 2020
(Drucksache [20/322](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/291

Wie ist Bremen im Kampf gegen Cyber- und Internetkriminalität aufgestellt?

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 9. März 2020
(Drucksache [20/311](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 23. Juni 2020

(Drucksache [20/479](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 20/292

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Das Wahlrecht für Obdachlose stärken
Prüfungsauftrag der Bremischen Bürgerschaft vom 12. Dezember 2019
Mitteilung des Senats vom 3. Juni 2020
(Drucksache [20/418](#))
2. Externe Evaluation zur kontinuierlichen Verbesserung frühkindlicher Bildung
Antrag der Fraktion der FDP
vom 3. Juni 2020
(Drucksache [20/419](#))
3. Medienkompetenz von der Kita bis ins hohe Alter stärken
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 9. Juni 2020
(Drucksache [20/439](#))
4. Keine Anrechnung von Elterngeld und Kindergeld: Soziale Gerechtigkeit für Eltern im Bezug von SGB II-, SGB XII und AsylBLG-Leistungen schaffen!
Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 19. Juni 2020
(Drucksache [20/451](#))
5. Krise als Chance nutzen, ein Zukunftskonzept für die Jacobs University Bremen gemeinsam entwickeln!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 30. Juni 2020
(Drucksache [20/515](#))
D a z u
Änderungsantrag der Fraktion der FDP
vom 7. Juli 2020
(Drucksache [20/542](#))
6. Klimaschutz an Hochschulen im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 9. Juni 2020
(Drucksache [20/437](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 1. September 2020
(Drucksache [20/581](#))
7. Menschenrechtswidrige Brechmittelvergabe: Verantwortung übernehmen und einen Ort des Gedenkens und Mahnens schaffen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD
vom 30. Juni 2020
(Drucksache [20/521](#))
8. Internationalisierung der Universität und der Hochschulen im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 1. Juli 2020
(Drucksache [20/523](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 8. September 2020
(Drucksache [20/599](#))

9. Rassismus entschieden entgegentreten – Landesaktionsplan gegen Rassismus erstellen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE vom 1. Juli 2020
(Drucksache [20/527](#))
10. Flut von Einwegbechern eindämmen – effektive Lösungen für einen nachhaltigen Konsum von Heißgetränken umsetzen
Antrag der Fraktion der CDU vom 11. Dezember 2019
(Drucksache [20/211](#))
11. Flut von Einwegbechern eindämmen – effektive Lösungen für einen nachhaltigen Konsum von Heißgetränken umsetzen
Bericht der staatlichen Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie vom 17. Juli 2020
(Drucksache [20/545](#))
12. Social Entrepreneurship im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 6. Juli 2020
(Drucksache [20/532](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 18. August 2020
(Drucksache [20/568](#))
13. Europäischen Jugendaustausch stabilisieren
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE vom 8. Juli 2020
(Drucksache [20/543](#))
14. Auschwitz-Birkenau und andere KZ-Gedenkstätten im Ausland in der Covid19-Pandemie unterstützen
Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 14. Juli 2020
(Drucksache [20/550](#))
15. Gutschein-Lösung – Verbraucher*innen besser schützen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE vom 15. Juli 2020
(Drucksache [20/551](#))
16. „Digitales Gesamtkonzept Schule“ für Bremen und Bremerhaven
Antrag der Fraktion der FDP vom 17. Juli 2020
(Drucksache [20/554](#))
17. Die Zukunft der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Bremen
Große Anfrage der Fraktion der FDP vom 20. Juli 2020
(Drucksache [20/555](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 25. August 2020
(Drucksache [20/572](#))
18. Erinnerungskonzept Novemberrevolution 1918/19
Mitteilung des Senats vom 22. Juli 2020
(Drucksache [20/559](#))
19. Reform des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes nutzen – Anreize für Väter erhöhen
Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 22. Juli 2020
(Drucksache [20/560](#))

20. „Aktionsplan Alleinerziehende“
Zwischenbericht zur Vorbereitung und zum Umsetzungsstand des Landesprogramms
Mitteilung des Senats vom 28. Juli 2020
(Drucksache [20/563](#))
21. Überprüfung der Mittelvergabe innerhalb der linkspolitischen Bereiche
Antrag des Abgeordneten Peter Beck (AfD)
vom 1. September 2020
(Drucksache [20/586](#))
22. Ökonomische Bildung darf keine Nebensache sein – Junge Menschen auf ein selbstständiges Leben vorbereiten!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 3. September 2020
(Drucksache [20/588](#))
23. 100 Jahre Novemberrevolution: Startschuss für Demokratie, Frauenwahlrecht und Mitbestimmung
Bericht und Antrag des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft
vom 3. September 2020
(Drucksache [20/589](#))
24. Übergangspflegestellen im Notaufnahmesystem der Kinder- und Jugendhilfe attraktiver gestalten!
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 7. September 2020
(Drucksache [20/591](#))
25. Realitäten erkennen, Chancen nutzen, Zukunft gestalten – Medienkompetenz in der frühkindlichen Bildung stärken
Antrag der Fraktion der FDP
vom 8. September 2020
(Drucksache [20/592](#))
26. Dienstfahräder für den öffentlichen Dienst einführen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. September 2020
(Drucksache [20/594](#))
27. Update für das Elterngeld
Antrag der Fraktion der FDP
vom 8. September 2020
(Drucksache [20/604](#))
28. Nutzung und Installierung von Pavillons/fliegenden Bauten im gastronomischen Bereich auf privatem und öffentlichen Grund in den Wintermonaten
Antrag des Abgeordneten Peter Beck
vom 9. September 2020
(Drucksache [20/607](#))